Genossenschaftsregister.

Im Genossenschaftsregister Band II wurde zu O.-Z. 3 Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft Denzlingen, e. G. m. b. H. in Denzlingen eingetragen: Rudolf Rübling, Landwirt in Denzlingen, ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Landwirt Alfred Wolfsperger in Denzlingen wurde an dessen Stelle gewählt. 2326

Emmendingen, den 5. April 1919.
Bad. Amtsgericht I.

Zuteilung von freiwerdendem Heeresgut.

Durch die Verwertungsstelle Mannheim wurden uns nachgenannte Waren zugeteilt:

600	Stück	Frauenhemden
250	„	Tuchwesten mit Aermel
600	„	gestrickte Westen
1500	„	Halsschals
500	Paar	Fußlappen und
1500	„	Pulswärmer.

Diese Artikel werden auf die einzelnen Gemeinden verteilt und an jene Personen abgegeben, die der Ware am dringendsten bedürfen, aufgrund von Bedürftigkeitsscheinen, die vom Bürgermeisteramt auszugeben sind. 2317

Emmendingen, den 4. April 1919.
Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Laut Mitteilung der Elektr. Ueberlandzentrale Oberhausen A. G. wird die Sperre für Erstellung von Neu- und Nachinstallationen von Licht und Kraft in hiesiger Stadt seit 1. April 1919 aufgehoben. 158

Dies bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Anfügen, daß die Vorschrift betr. Benutzungszeit der Motoren (nur tagsüber zwischen 9 Uhr und 4 Uhr nachm.) bestehen bleibt.

Emmendingen, den 9. April 1919.
Das Bürgermeisteramt:
Rehm.

Bekanntmachung.

Freitag, den 11. April 1919, vormittags von 8—10 Uhr wird im Keller der alten Realschule (Hebelstraße 1)

Sauerkraut

abgegeben per Pfund 25 Pfg.

Geld ist abgezählt bereit zu halten. Gefäße sind mitzubringen. 155

Emmendingen, den 8. April 1919.
Lebensmittelamt Emmendingen.

Arbeitsnachweis Emmendingen.

Offene Lehrstellen: 157

Schmied, Blechner, Zimmermann, Maler, Metzger, Schreiner, Wagner, ferner Lehrling mit guter Schulbildung auf Büro einer Eisen- und Maschinenhandlung.

Evangl. Kirchenchor Emmendingen.

Sonntag, den 13. April, abends 8 Uhr
in der evangelischen Stadtkirche

Kirchen-Konzert

Ausführende: Der evangelische Kirchenchor.
Lina Harms, Freiburg, Violine
Anna Schieck, Sopran
Otto Schieck, Leitung und Orgel.

Werke von Joh. Seb. Bach, G. F. Händel, J. Haydn, W. A. Mozart, F. Mendelssohn, Vivaldi, Rheinberger, Brauer u. a.

Eintrittskarten: Sperrsitz (Chor) 2 Mk., Empore und vorderes Schiff 1 Mk., sonst 50 Pfg. Im Vorverkauf in der Buchhandlung Ommerborn, der Kolonialwarenhandlung W. Reichelt und abends an der Kirche.

Passive Mitglieder und deren Angehörigen haben freien Eintritt und reservierte Plätze auf den beiden vorderen Reihen der I. Empore.

Reichsbund d. Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer Ortsgruppe Emmendingen.

Haupt-Versammlung

am Samstag, 12. April 1919, Abends 8 Uhr im „Schwarzwälder Hof", Nebenzimmer. 2314

Wichtige Besprechungen! Erscheine jeder!

Nichtmitglieder freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Gegen sofortige Kasse zu verkaufen.

30 St. schmiedeiserne Behälter

aus 8 mm Blech zusammengenietet, mit angenietetem Deckel, Mannloch, 6625 Liter Inhalt, Gewicht des Stückes 1500 kg, für Gerberei, Brauerei, chemische Fabriken usw., oder als Abortgruben geeignet, zum Preise von 2324

Mk. 1350.—

pro Stück frei Station Hamburg, ferner

1 schmiedeiserne Halle

(Dach auf 2 Stützen) 18/24 m Grundfläche, 4 m lichte Höhe, ab Standort Rudolstadt, zum Preise von

Mk. 11000.—

Karl Bode, Ingenieur
Karlsruhe i. B., Liebigstr. 27.

Jungbürger der demokr. Partei Emmendingen.

Heute Donnerstag Abend 8 Uhr im Nebenzimmer der „Brauerei Bautz"

Einführender Vortrag in die demokr. Gemeindepolitik.

Ref.: **Herr Richard Bloch.**

Freie Aussprache. Freie Aussprache.

Alle Jungbürger und Mitglieder der demokr. Partei sind hierzu freundlichst eingeladen.

2336 Der Vorstand.

Große Auswahl

in 2328

schönen Spielsachen

für Ostern empfiehlt

M. Markus, Emmendingen.

Gärtnerei Hambrecht

Emmendingen

empfiehlt sämtliche

Gemüse-, Feld- und Blumensamen

in guter, keimfähiger Ware.

Den verehrten Bewohnern des Kaiserstuhls mache ich hierdurch die ergebene Mitteilung, dass ich mich in

Bahlingen als Dentist

niedergelassen habe, nachdem ich zuvor 8 Jahre lang in Hagenau i. Els. eine grosse eigene Praxis inne hatte. Ich empfehle mich im

Anfertigen von künstlichem Zahnersatz mit und ohne Gaumenplatte.
Kronen- und Brückenarbeiten.
Umarbeiten von schlechtsitzenden Gebissen.
Plombieren in Gold, Porzellan, Silber u. s. w.
Zahnziehen nach schmerzloser Methode.

Künstliche Gebisse werden nur in Friedenskautschuk ausgeführt,

Behandlung der Mitglieder der Ortskrankenkasse Emmendingen.

Sprechstunden: Werktags von 9—12 und 2—6 Uhr.

Hochachtungsvoll 2319

Fritz Demmler, Dentist.

Für alle Anfragen

an die Geschäftsstelle über zum Verkauf ausgeschriebene Gegenstände u. s. w. ist stets

eine Postkarte mit Rückantwort

zu verwenden oder das Porto (für Brief 15 Pfg., für Postkarte 10 Pfg.) beizufügen, da sonst eine Beantwortung nicht stattfindet. Auch bitten wir um richtige Frankierung der Postkarten und Briefe mit 10 bezw. 15 Pfg.

Verlag der „Breisg. Nachr." Emmendingen.

Grosser Posten

Gummisauger

(echter Gummi) Auslandsware soeben eingetroffen.

Teninger Hauen

Gartenhäuele u. Schaufeln

mehrere selbsttätige

Rebspritzen

extra starker Ausführung in reinen Kupfer u. Messing 2330

Aluminium- und Emailgeschirre

für die Küche und Haushalt.
Wiederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt.

Karl Haag, Eisenhandlung
Bahlingen, Telefon Eichstetten Nr. 11.

Geschäfts-Eröffnung.

Wir haben eine

Spezialanstalt für Reproduktionen und Vergrösserungen

eröffnet und empfehlen uns in sämtlichen Arbeiten für

Reproduktions-Photographie

sowie

Vergrösserungen nach jedem Bilde

in Schwarz, Sepia, Pastell, Aquarell und Oelmahlerei

Beachten Sie bitte unsere Ausstellfenster!

Gebr. Heringer, Photographen

Freiburg i. Br. Herrenstr. 53 Telephon 3126.

Achtung Gartenbesitzer!

Uebernehme Gartenarbeiten jeder Art bei fachmännischer solider Ausführung und billigster Berechnung. Karte genügt. Komme überall hin. Es empfiehlt sich

Otto Sommer, Gärtner,
bei Herrn Jos. Ruf, Schneidermstr., Emmendingen.

Gleichzeitig suche ich eine 2318

2—3-Zimmer-Wohnung

und bitte ich um Angebote.

Kauft bei unseren Inserenten!

Guterhaltenes 2276

Fahrrad

zu kaufen gesucht.

Ziegelei Zipfel,
Emmendingen.

Ein 2331

Mutterschaf

mit einem Jungen, hat zu verkaufen.

Johann Häusle Ww.,
Heimbach.

Eine schöne gute

Zug- und Nutzkuh

38 Wochen tragend, mit dem 4. Kalb, hat zu verkaufen

Wilhelm Kraher,
Teningen. 2288

Zu verkaufen Schweizer

Zuchtfarren

14 Monate alt, sprungfähig. 2315

Wilhelm Wösinger,
Köndringen.

Einen 8-jährigen 2320

Fuchs-Wallach

gut im Zug, hat zu verkaufen.

Fritz Leimenstoll,
Schupfholz.

Zu verkaufen

ein 2321

Ackerpferd

braun Wallach gut im Zug, fromm, wegen Todesfall.

Valentin Kromer Ww.,
Kenzingen.

1 schönes Paar

Füllen

4 u. 7 Jahre alt, sowie ein 4-jähr. Oldenburg W., alle gut im Zug, ferner ein 15 Wochen altes 2325

Füllen

hat zu verkaufen

M. Wetterer
Gasthaus „zum Salmen"
Kenzingen.

Küferei

in Stadt des bad. Oberlandes zu verkaufen.

Nähores durch die Geschäftsstelle d. Bl. 2228

Zigarren Zigarrilos

aus garantiert reinem fermentiertem Tabak, fortlaufend in jeder Menge, auch kleinere Posten,

zu kaufen gesucht.

Vermittler erhalten hohe Vergütung. Angebote mit Preis und Mengenangabe an

Albert Haupp,
Wallbach i. Baden 2328

Gansbruteier

gegen Hühnereier abzugeben.
Markgrafenstr. 26, Emmendg.

Zu kaufen gesucht guterhaltene 2261

Stauchmaschine

Zu erfragen in der Besch. des Blattes.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— der Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Döfter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 86 (Evang: Herm nn †) Emmendingen, Freitag, 11. April 1919. (Kath: Leo d. Gr. †) 54. Jahrgang

Die Nationalversammlung in Weimar

WTB. Weimar, 10. April. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt. Das Wort ergreift Ministerpräsident Scheidemann: Das wichtigste außenpolitische Ereignis seit der Vertagung des Hauses war der Abschluß der Verhandlungen über den geplanten Durchzug der polnischen Armee durch Danzig. Diese Verhandlungen haben zugleich eine willkommene Gelegenheit geboten, die Richtlinien hervortreten zu lassen, nach denen die Regierung die auswärtige Politik zu führen beabsichtigt. Erstens Treue zum Vertrag soll das Kennzeichen des neuen Deutschlands sein. Daneben stets zweitens Treue zu uns selbst. Es ist daher ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn wir nur solche Verpflichtungen übernehmen, die mit unseren Lebensinteressen in Einklang gebracht werden können. An dritter Stelle steht Treue gegen die Allgemeinheit, das heißt die Betätigung des Geistes rückhaltlosen Versöhnungswillens allen Völkern gegenüber. Wir wollen auch gern dem russischen Volke die Bruderhand reichen, wenn es auf die gewaltsame Propaganda des Bolschewismus verzichtet. Wenn wir in Bezug auf Elsaß-Lothringen auf eine Volksabstimmung drängen, so tun wir es, um für alle Zukunft Revangegedanken oder neue Entschuldigungsgründe wegen Vergewaltigung aus dem Wege zu räumen. Wir leiden schwer unter der noch immer anhaltenden Zurückhaltung unserer Brüder und Söhne in Gefangenschaft. Nur in der Anziehungskraft der bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit glaube ich, wird die Zukunftsstärke eines jeden Volkes beruhen. Ist dieser Glaube Gemeingut aller Staatswesen geworden, wollen wir doppelt über die Unversehrtheit unseres nationalen Staatswesens wachen. Deutschland muß in der Bitternis seiner Niederlage wenigstens den Trost haben, den Sieg über den Imperialismus errungen zu haben. Die Gefahr, die ich für den Erfolg unserer auswärtigen Politik sehe, kommt nicht so sehr von jenseits der Grenze, als vielmehr aus unserem Volke selbst, aus den unaufhörlichen Erschütterungen unseres Landes. In diesem Augenblick, wo die Blockade sich lockert und der Hungertrieg die Waffen streckt, ruhen hunderttausende von Händen, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel für die besonders unseren Frauen und Kindern so notwendigen Lebensmittel schaffen können. Wir wenden uns gegen die Räterepublik nicht nur, weil wir in ihr die Zerstörerin des letzten Restes staatlichen Zusammenhaltes sehen, sondern weil wir den Frieden wollen. Wir kämpfen mit dem System der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod um des Friedens willen, ohne den wir zu Grunde gehen. Ministerpräsident Scheidemann fordert am Schluß seiner Rede zur Einigkeit aller Parteien auf mit dem einzigen Programmpunkt: Wir wollen Frieden. — Als nächster Redner sprach der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer, der ausführte: Wir erheben im gegenwärtigen Augenblick warnend unsere Stimme, und ich spreche im Namen der ganzen Nationalversammlung, wenn ich diesem Schmerzensschrei unseres bis zum Aeußersten gequälten Volkes Ausdruck gebe. Der Friede kann nur geschlossen werden bei sofortiger Räumung der besetzten Gebiete, sofortiger Rückgabe unserer Gefangenen und sofortiger Aufhebung der Blockade. Laut müssen wir Einspruch erheben gegen das gewalttätige Vorgehen unserer Feinde. Fest verknüpft sei das Schicksal der Rheinlande mit dem des ganzen deutschen Vaterlandes. Deutschland darf nicht vom Völkerbund ausgeschlossen werden. Der Friede darf nur vom Geiste der Gerechtigkeit und der Versöhnung getragen sein. Andernfalls müsse mit dem Weltbolschewismus gerechnet werden, dem dann auch die Entente rettungslos verfallen werde. — Nach ihm sprach noch der Sozialdemokrat Hoch, der seine Rede gleichfalls in einem kräftigen Protest gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes ausklingen ließ. Auch er lehnte, wie sein Vorredner, die Räterepublik ab. Seine Ausführungen deckten sich in dieser Hinsicht im wesentlichen mit denen des Ministerpräsidenten. Darauf trat Vertagung bis ¼4 Uhr ein.

Nach der Pause ergriff als erster Redner Reichsminister des Aeußern Graf Brockdorff-Rantzau das Wort. Er kommt zuerst auf die Danziger Frage zu sprechen und sagt, die schwere Krise im Osten scheine vorläufig überwunden durch den Verzicht der Entente auf die Danziger Landung. Hinsichtlich der nordschleswigschen Frage könne den Machenschaften unzuständiger dänischer Elemente nicht scharf genug entgegengetreten werden. Unseren Gegnern könne er nur zurufen, daß sie Deutschland nicht wirtschaftlich ruinieren. Sie sollten im Gegenteil helfen, daß Deutschland wieder auf die Füße komme, damit es die Schäden des Krieges wieder gutmachen könne. — Redner fordert gleichfalls die Freigabe des besetzten Westens und die schleunige Aufhebung der Blockade als wichtigste Forderung für den Frieden. Man solle dem deutschen Volke Vertrauen schenken. Die gleiche Mahnung richtete er auch an das russische Volk, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Bolschewismus seine Vergewaltigungsversuche uns gegenüber aufgebe. In der weiteren Debatte kam als Redner der Demokraten der Abg. v. Payer zu Wort, der die Regierung des Vertrauens seiner Parteifreunde versicherte. Der Deutschnationale Schultz-Bromberg gab der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Unterhändler am Friedenstische stets daran denken möchten, daß hinter ihnen ein Volk von 70 Millionen steht, das fest entschlossen sei, lieber das Letzte einzusetzen, als einen Frieden der Gewalt und der Schmach auf sich zu nehmen.

Als nächster Redner spricht Abg. Rießer (D. V. P.). Bei der Feststellung der Debetposten müsse zuerst die Frage erwogen werden, ob die Mehrheitssozialisten überhaupt für das verantwortlich gemacht werden können, was die Unabhängigen und Spartakisten ausgeführt haben. Die Mehrheitssozialisten können die Unabhängigen nicht von ihren Rockschößen abschütteln und diese wieder, auch wenn sie es wollten, nicht die Spartakisten. Zu dem Regierungsvorschlag über die Verankerung des Rätesystems in die Verfassung hat meine Fraktion noch keine Stellung genommen. Protest legen wir heute schon ein gegen jede Einmischung der Räte in die Leitung der Betriebe. Wir wollen keinen Friedensschluß, der von den Wilsonschen vierzehn Bedingungen abweicht. — Als letzter Redner spricht der Unabhängige Seeger, der ausführte, das werktätige Volk habe keine Hoffnungen mehr auf die Nationalversammlung. In Wahrheit regiere das Zentrum. Die Revolution marschiere und sie werde siegen. — Der Etat wird hierauf dem Hauptausschuß überwiesen. — Nach Mitteilung des Präsidenten Fehrenbach ist ein Antrag Loewe-Graeber-Payer-Graf Posadowsky-Dr. Heinze eingegangen, der im Rahmen der heutigen Debatte den festen Willen zum Ausdruck bringt, keinen Gewaltfrieden einzugehen. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen, was seitens der Mehrheit mit stürmischen Pfuirufen auf die Unabhängigen quittiert wurde. — Hierauf wird ein weiterer Antrag der genannten Parteien, einen Ausschuß für die Friedensverhandlungen einzusetzen und in denselben die Präsidenten und 28 Mitglieder zu berufen, angenommen.

Es folgt Vertagung auf Freitag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Anfragen, kleinere Vorlagen.

WTB. Weimar, 11. April. Der Nationalversammlung ist vom Reichsminister Preuß der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlaß von Verordnungen zugegangen. Nach § 1 des Gesetzes wird die Reichsregierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung mit Zustimmung des Staatenausschusses und eines von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Regelung des Ueberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft oder aus dringenden sonstigen Anlässen notwendig erweisen. Diese Verordnungen sind der Nationalversammlung insbesondere zur Kenntnis zu bringen und auf ihr Verlangen aufzuheben. — Weiter ist der Nationalversammlung ein Antrag Agnes u. Gen. zugegangen, wonach die Reichsregierung ersucht wird, der Nationalversammlung sogleich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage des deutschen Volkes anerkannt werden.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 10. April. Das preußische Staatsministerium hat soeben folgenden Beschluß gefaßt: Die preußische Regierung sieht, wie die Regierung von Baden, Württemberg und Hessen, das Ministerium Hoffmann als die allein rechtmäßige Regierung Bayerns an.

WTB. Danzig, 10. April. Der Streik der Eisenbahner in Danzig ist jetzt zu einem politischen Streik erklärt worden. Bis Mittag streikten etwa 20 000 Arbeiter der Reichswerft, der Schichau-Werft, der Waggonfabrik, Artilleriewerkstatt und Gewehrfabrik. In einer in der Eisenbahnhauptwerkstatt abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde ein Telegramm des Ministers Oeser verlesen, der die Forderungen der streikenden Arbeiter ablehnt. Der Personenzugverkehr von Danzig aus wird durch die Beamten, die in ihrer Gesamtheit nicht am Streik beteiligt sind, unter militärischem Schutz aufrechterhalten.

WTB. Danzig, 11. April. Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Truppen, die den Vorplatz des Danziger Hauptbahnhofes absperren, und der diesen Platz umlagernden Menschenmenge kam es gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr. Die Truppen waren den ganzen Tag über aus der Menge heraus beschimpft und belästigt worden. Bei einer Auseinandersetzung kam es schließlich zu Tätlichkeiten. Die Soldaten mußten den Platz räumen und gaben hierbei Feuer, wodurch drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Die Danziger Bürgerschaft ist über den von den Unabhängigen und den Spartakisten provozierten Streik äußerst erbittert und trägt sich mit der Absicht, in den Gegenstreik einzutreten.

WTB. Schwenningen a. Neckar, 10. April. Die neue Freiheit. Wegen Veröffentlichung eines ihm vom Arbeitgeberverband zugegangenen Artikels über Lohnbewegung in der hiesigen Uhrenindustrie wurde vorgestern abend der Redakteur Seiz der Zeitung „Die Neckarquelle", von einer demonstrierenden Menge mißhandelt. Außerdem wurde bei Veröffentlichung weiterer derartiger Artikel die Zerstörung der Druckerei angedroht.

Die neuen Vorgänge in Bayern.

WTB. Bamberg, 10. April. Die Verbindungen von Bamberg und — wenigstens bis heute mittag — auch die von Nürnberg nach Westen sind noch nicht wiederhergestellt, doch erwartet man bis spätestens morgen beide Strecken wieder frei zu haben. Den Spartakisten in Schweinfurt ist ein Ultimatum gestellt worden. Man ist gezwungen, nötigenfalls mit Gewalt gegen sie vorzugehen.

Zum Kampf der Regierungen in Bayern heißt es im Berliner Lokalanzeiger aus Bamberg: Die bei der Regierung eingetroffenen Vertrauenskundgebungen aus dem ganzen Lande bestärken das Kabinett in der Ansicht, daß bald eine Klärung der Lage in Bayern eintreten müsse. Der Landtag werde demnächst hier zusammentreten. Der Aeltestenausschuß habe seine Uebersiedelung hierher angekündigt. Zahlreiche Abgeordnete trafen bereits ein.

Bamberg, 10. April. Aus Lichtenberg kommt laut Berliner Tageblatt die Nachricht, daß sich sämtliche Bauern des Obermaingaues für die Regierung Hoffmann erklärt und beschlossen haben, keinerlei Lebensmittel an die abgehen zu lassen, die sich zur Münchener Räterepublik bekennen. Diese Maßnahme ist für die Spartakisten der Stadt Hof von besonderer Bedeutung.

Nach einer Berliner Lokalanzeiger-Meldung aus München werden wegen Kohlenmangels am 11. April zahlreiche Züge in Bayern eingestellt. Die Eisenbahndirektion Würzburg hat den gesamten Zugverkehr bis nach Nördlingen und Ansbach eingestellt.

WTB. Nürnberg, 10. April. Nach einem Münchener Telegramm des 3. A. K. ist die unabhängige Regierung von den Kommunisten gestürzt worden, die die Gewalt an sich rissen. Das Militär steht jedoch auf Seiten des Ministeriums Hoffmann. Der größte Teil der Bevölkerung wartet nur auf einen Anstoß von außen. Die Wirtschaftslage Münchens hat sich verschlechtert.

Der Friede.

WTB. Amsterdam, 10. April. Dem Telegraaf zufolge wird aus London gemeldet, daß einer Central News-Meldung aus Paris zufolge ein Mitglied der britischen Delegation in Paris erklärte, daß alle hauptsächlichen Fragen gelöst seien. Wenn man in zwei oder drei Wochen den vollständigen Text des Vertrages lesen werde, dann werde man anerkennen, daß der Vertrag das gerechteste, verständlichste und größte Dokument sei, das jemals von Menschen zusammengebracht worden sei.

Gegen Gewaltfrieden und Generalstreik.

WB. Berlin, 9. April. Die gestern von 1000 Personen besuchte Versammlung der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Mehrheitspartei hat folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die von den Ententemächten geplante Vergewaltigung des deutschen Volkes. Das deutsche Volk wird einen Gewaltfrieden niemals als verbindlich annehmen. Wir wollen uns willig einer gerechten Entscheidung fügen, aber ein Friede ohne Gerechtigkeit wird von uns nicht als Frieden anerkannt, sondern nur als eine Vertagung der Feindseligkeiten. Wir wollen mit der Welt dauernd in Frieden bleiben, darum fordern wir von der Regierung, jeden Gewaltfrieden abzulehnen."

Ferner wurde folgende Entschließung ebenfalls einstimmig angenommen:

„Die Versammlung protestierte mit aller Schärfe gegen die Versuche der Unabhängigen und Kommunisten, die Berliner Arbeiterschaft in einen Generalstreik hineinzuhetzen. In der gegenwärtigen Stunde, wo die Heranschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft begonnen hat, schadet ein Generalstreik den Lebensinteressen der Arbeiterschaft aufs schärfste und bringt uns wirtschaftlichen Tod. Die Erfahrungen zeigen, daß die Führer der Generalstreikspropaganda zum gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen, vom Vertrauen der Volksmehrheit getragenen Regierung und zur Aufrichtung der Gewaltherrschaft einer Minderheit benutzen wollen. Unter den heutigen Verhältnissen bringt ein solcher Streik die Herrschaft des lichtscheuen Gesindels mit Plünderung und Lebensbedrohung der friedlichen Bevölkerung. Die Konferenz fordert die Arbeiterschaft auf, das Volksinteresse über das Interesse einzelner Parteien und machtlüsterner Führer zu stellen und den Streik nicht nur abzulehnen sondern mit aller Schärfe zu bekämpfen."

Badische Nationalversammlung.

ac. Karlsruhe, 10. April. Der Verfassungsausschuß der bad. Nationalversammlung hielt vorgestern eine Sitzung ab. Der Minister des Innern erklärte dabei, daß das Staatsministerium beschlossen habe, aufgrund der ihm zustehenden Befugnisse im Verordnungswege den 1. Mai als Festtag im Sinne der landesherrlichen Verordnung, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betreffend, zu erklären. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über die Feier des 1. Mai wurde daraufhin zurückgezogen. Der Verfassungsausschuß beschäftigte sich weiter in fortgesetzter Beratung mit dem Gesetzentwurf betr. die Aenderung des Gesetzes vom 5. Juli 1917 über den Verkehr mit Grundstücken im

der Kriegs- und Uebergangszeit (sog. Sperrgesetz). Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Es soll zunächst den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, zu einem sozialdemokratischen Abänderungsantrag Stellung zu nehmen, der folgenden Wortlaut hat: „1. Zur Wirksamkeit der Veräußerung von landwirtschaftlichen Grundstücken ist in jedem Fall die Genehmigung des Bezirksamts erforderlich. 2. Die bezirksamtliche Genehmigung zur Veräußerung von Grundstücken ist ebenfalls erforderlich für bebaute oder unbebaute Grundstücke, die im Bereiche eines endgültig festgestellten Ortsbauplanes liegen. Bei jeder Veräußerung von Grundstücken haben die Gemeinden oder die durch Regierungsverordnung bestimmten gemeinnützigen Unternehmungen das Vorkaufsrecht."

oc. **Karlsruhe**, 10. April. Der Haushaltsausschuß der bad. Nationalversammlung befaßte sich vorgestern mit dem 3. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918/19. Darin werden 14 827 400 Mark für die Eisenbahnverwaltung angefordert und zwar für Hochbauten der Verkehrsanstalten 918 000 Mark, sowie für Teilforderungen für neue Bahnen 4 550 000 Mark, für bestehende Bahnen 1 135 400 Mark, für Erweiterung von Stationen 6 600 500 Mark, für Werkstättenanlagen 941 000 Mark, für staatliche Kraftwagenlinien 1 100 000 Mark und für die Main-Neckarbahn 500 500 Mark. Die Anforderungen wurden genehmigt. Dabei mußten durchweg größere Ueberschreitungen der Voranschläge festgestellt werden. Die Regierung wurde in einzelnen Fällen ersucht, durch Einholung von weiteren Angeboten etwaigen Ueberforderungen entgegenzuarbeiten.

Neue Entwürfe und Anträge in der bad. Nationalversammlung.

oc. **Karlsruhe**, 10. April. Das jüngst noch von der vorläufigen Volksregierung angekündigte provisorische Gesetz betr. die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit ist soeben im Druck erschienen. Es hat seinen Ursprung darin, daß die außerordentliche, sich mit der Dauer des Krieges immer mehr entwickelnde Steigerung der Baupreise in der Zeit von 1917/18 eine sprunghafte Form angenommen hatte und zu einem immer stärker werdenden Mißverhältnis zwischen der aufgrund des Gebäudeversicherungsgesetzes im Einzelfalle gewährten Entschädigungssumme und den tatsächlichen Kosten des Wiederaufbaues durch Brand zerstörter oder beschädigter Gebäude führte. Aus der Steigerung der Baupreise (im Oktober 1918 schätzungsweise bis zu 200 v. H. und mehr gegenüber dem Jahre 1914) ergab sich die Notwendigkeit, die Zuschläge zu erhöhen. Dem soll durch das provisorische Gesetz entsprochen werden dadurch, daß die Zuschläge im Falle eines Wiederaufbaues im Jahre 1918 von 20 v. H. auf 40 v. H. und im Falle eines späteren Wiederaufbaues auf 60 v. H. der Brandentschädigungssumme heraufgesetzt werden. Weiter dringt das Gesetz Erleichterungen, um einen Ausgleich des den Brandbeschädigten erwachsenden Mehrschadens zu ermöglichen.

Das von mehreren Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegte Gesetz über die Vergesellschaftung der Standesherrschaften ist jetzt ebenfalls im Druck erschienen. Es kommen hierfür in Betracht: Zwingenberg, Salem u. Petershausen, Fürstenberg, Leiningen, von der Leyen, Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Leiningen-Billigheim, Leiningen-Neudenau.

Mehrere Mitglieder der Zentrumsfraktion haben folgende Interpellation eingebracht: „Die Bevölkerung hat Mangel an Kleidungs- und Webstoffen. Was gedenkt die Regierung zu tun, um zur Behebung dieses Mangels die Freigabe von Spinnmaterial, besonders von Flachs, zu erwirken?"

Die Erhöhung der Brotpreise.

oc. **Karlsruhe**, 10. April. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, waren der Bad. Bäckerverband und verschiedene Bäckerinnungen des Landes in der letzten Zeit wiederholt mit dem Ersuchen an die Regierung herangetreten, eine Brotpreiserhöhung anzuordnen. Zur Begründung ihrer Bitte wiesen sie auf die allgem. Teuerung, die erheblich gestiegenen Kohlenpreise und die Erhöhung der Bäckergehilfenlöhne hin.

Nach eingehenden Beratungen mit den in Betracht kommenden Interessentenkreisen und nach Anhörung des parlamentarischen Ernährungsbeirats glaubte die Regierung (Ernährungsministerium) dem Verlangen der Bäckermeister entgegenkommen zu müssen. Die Kommunalverbände wurden deshalb ermächtigt: 1. bei der Berechnung der Brotpreise den Zuschlag von 45 v. H. der seither für die Unkosten des Bäckers (einschl. der Zutaten), für die Entlohnung seiner Arbeit und für seinen Verdienst mit einem Höchstbetrag von 21 Mk. für den Doppelzentner Mischmehl in Rechnung gestellt werden dürfte, die erwähnte Höchstbegrenzung in Wegfall kommen zu lassen. 2. für die seit 1. Sept. 1918 erfolgte Erhöhung der Kohlenpreise eine Brotpreiserhöhung eintreten zu lassen, die bei einer Steigerung des Kohlenpreises um 100 Pfg. für den Zentner 1 Pfg. für den großen (1500 Gr.) Laib und einen ½ Pfg. für den 250 Gr.-Laib beträgt. 3. für nach dem 1. April 1919 eintretende, vom Arbeitsministerium gebilligte Lohnerhöhung der Bäckergehilfen weitere Zuschläge nach einer besonders erläuterten Berechnungsweise vorzusehen. — — Da die wegen der Lohnerhöhung schwebenden Verhandlungen zwischen den Bäckermeistern und den Gehilfen aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind, hat das Ministerium des Innern die Kommunalverbände erneut darauf aufmerksam gemacht, daß eine Erhöhung der Brotpreise wegen eingetretener Lohnsteigerungen erst dann erfolgen darf, wenn die vereinbarten Lohnerhöhungen die Billigung des Arbeitsministeriums gefunden haben.

Abbau der Preise.

Der Arbeiter pflegt auf die Vorstellungen von der Verwerflichkeit der Streiks unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu antworten, die Höhe der Preise zwängen ihn, durch Streikbewegung seine notwendigen Lohnforderungen durchzusetzen. Das ist gewiß verständlich, und ebenso richtig ist es, wenn man ihm darauf erwidert, durch seine Lohnforderungen steigere er wiederum die Preise und was er mit der rechten Hand dem Unternehmer abnehme, müsse er mit der linken doch wieder abgeben. Die übliche Erwiderung hierauf besteht in der Forderung des Arbeiters, erst einmal die unerhört hohen Preise abzubauen; nach dem Abbau der Preise würden dann die hohen Löhne von selber sinken. Es kommt also auf die Frage hinaus: Sollen die Löhne oder die Preise zuerst abgebaut werden.

Man kann es verstehen, wenn der Arbeiter sehr dagegen ist, mit dem Abbau der Löhne zu beginnen, die ihn, wenn sich die Preise auf der alten Höhe halten, auch wirklich einer schweren Notlage aussetzen würden, wobei freilich nicht zu vergessen ist, daß andere Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Mittelstand, einer solchen Notlage bereits seit Jahren ausgesetzt ist u. schwer an ihr trägt. Immerhin: der Widerstand des Arbeiters gegen den Abbau der Löhne als Anfang der Reorganisation unseres Wirtschaftslebens bleibt verständlich und es wäre auch nicht unbedenklich, ein so schwieriges Problem diktatorisch und einseitig anzufassen. Der Arbeiter hat es indessen an der Hand, seine Lage zu verbessern und gleichzeitig das bedrohte Volksganze zu retten. Mag er ruhig die hohen Löhne vorläufig noch weiter beziehen, wenn er nur die Produktion wieder in vollem Umfange und mit jener Energie aufnimmt, die dem deutschen Arbeiter vor dem Kriege seine Stellung auf dem Weltmarkt gesichert hat. Die ungeheure Schwierigkeit unserer gegenwärtigen Lage liegt nicht sowohl in den Lohnforderungen der Arbeiter, als in der mangelnden Intensität der Produktion. Das ganze oder teilweise Versagen unserer Arbeitskräfte ist schuld daran, daß wir keine Lebensmittel aus dem Auslande bekommen (abgesehen von den bisher sehr bescheiden erfolgten Zugeständnissen der Entente), wie das der Reichsernährungsminister Schmidt in seinem Bericht an die Nationalversammlung ausdrücklich betont hat. Weil wir keine Kohlen, kein Kali, kein Eisen als Tauschmittel haben, müssen wir hungern, und den Arbeiter nützen in dieser Lage seine hohen Löhne selbstverständlich nicht das Mindeste. Hier muß der Hebel angesetzt werden und die Lohnfrage kann spätere Regelung vorbehalten bleiben. Die Produktion muß wieder einsetzen, wir müssen Waren exportieren können, da wir nur mit solchen, nicht mit unserem entwerteten Gelde im Auslande zahlen können. Dann werden wir Lebensmittel haben, dann wird sich die Frage des Abbaues der Preise wie der Löhne unter besseren Verhältnissen von selbst lösen

Vermischte Nachrichten.

— In dem malerisch von Mauern und Türmen umgebenen Freyburg a. d. U. hat bekanntlich der Turnvater Jahn von 1829 bis zu seinem Tode 1852 gewohnt. In seinem Sterbezimmer ließ die deutsche Turnerschaft eine Gedenktafel anbringen, und ihr Ausschuß sammelte in den letzten Jahren vor dem Kriege fleißig Mittel, das Sterbezimmer Jahns würdevoll einzurichten und das Haus selbst als Erholungsstätte für verdiente Turner auszubauen. Zurzeit standen etwa 30 000 Mark zur Verfügung, mit denen das inzwischen zu einer Gastwirtschaft eingerichtete Jahnhaus aufgekauft werden sollte. In den letzten Tagen ist das Haus jedoch in andern Privatbesitz übergegangen und so wird der Wunsch der deutschen Turner, die letzte Wohnstätte Friedrich Ludwig Jahns ihr eigen zu nennen, nicht in Erfüllung gehen. Doch erinnert das Jahnmuseum in Freyburg mit der daneben gelegenen Ehren- und Turnhalle, sowie das mit einem Denkmal versehene Grab Jahns auf dem Friedhof auch die kommenden Geschlechter noch an den Vater der deutschen Turnsache, wie zu Häupten des Städtchens das Schloß Neuenburg das Gedenken an die traurigen Tage von 1806 wach erhält, an denen hier oben die Königin Luise die Nachrichten über den katastrophalen Ausgang der Schlachten bei Jena und Auerstädt erwartete.

— Ueber die Forderungen der Belgier schreibt die „Landwirtschaftliche Presse": In der belgischen Kammer ist der Landwirtschaftsminister ersucht worden, in größerem Umfange als bisher in Deutschland Milchkühe zu beschlagnahmen und den belgischen Landwirten überweisen zu lassen. Der Minister hat erklärt, die Regierung würde die Frage der Beschlagnahme von deutschen Milchkühen als Ersatz des von den Deutschen aus Belgien requirierten Viehs zum Gegenstand von Erörterungen der Friedenskonferenz machen. Die belgische Presse hat von jeher den Anschein zu erwecken gesucht, als ob die belgische Landwirtschaft durch die deutsche Verwaltung und deren Requisitionen nahezu vollkommen zugrunde gerichtet sei. Wie es aber tatsächlich um die wirtschaftliche Lage der belgischen Landwirtschaft bestellt ist, erfährt man nach der „Kreuz-Zeitung" jetzt aus einer Mitteilung der in Brüssel erscheinenden Zeitung „Soir". Das Blatt beschäftigt sich mit den Aussichten der Kriegsgewinnsteuer für die belgische Staatskasse und glaubt, sehr hohe Einnahmen in Aussicht stellen zu können. Dafür spräche unter anderem die Tatsache, daß die Kassen des belgischen Bauernbundes, deren Bestand sich bei Kriegsausbruch auf 1 Millionen Franken belief, jetzt bei Kriegsende über 50 Mill. Franken verfügten. Dieser gewaltige Zuwachs, sagt die „Kreuz-Zeitung", kennzeichnet die Kriegsgewinne der belgisch. Bauern. Eine derartige Steigerung seiner verfügbaren Mittel kann aber ein durch den Feind ruinierter Bauernstand unter keinen Umständen erzielen.

Aus Baden.

Zur Volksabstimmung am 13. April 1919.

oc. **Karlsruhe**, 10. April. Der Geschäftsführende Ausschuß der deutsch-demokratischen Partei in Baden und die demokratische Fraktion der Nationalversammlung haben ihre Mitglieder und Mädel aufgefordert, am nächsten Sonntag geschlossen an der Abstimmung teilzunehmen und für die neue Verfassung wie für die Weitertagung der Nationalversammlung als ordentlicher Landtag mit „ja" abzustimmen.

* * *

oc. **Karlsruhe**, 10. April. In den letzten zwei Wochen sind dem Arbeitsausschuß des badischen Landtags für Körperpflege und Jugenderziehung folgende Neugründungen von Ortsausschüssen neugemeldet worden: Schwetzingen, Eberbach, Ueberlingen, Tauberbischofsheim, Königshofen, Boxberg, Schweigern, Sachsenflur und Unterschüpf, letztere alle im badischen Hinterland. Von den Turnern haben sich einige weitere Gaue offiziell angeschlossen, ebenso haben die Hockeyvereine ihren Anschluß beschlossen.

oc. **Karlsruhe**, 10. April. Der Stadtrat hat beschlossen, an den städtischen Volksschulen das Schuljahr nicht mehr an Ostern, sondern wie bei den Mittelschulen im Herbst zu schließen und zu beginnen.

oc. **Karlsruhe**, 10. April. „Die „Sozialistische Republik", das Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Badens, entkräftet in seiner gestrigen Nummer eine Aufforderung zur Volksabstimmung mit Nein zu stimmen. Der Artikel enthält scharfe Angriffe gegen die jetzige Regierung wie gegen die badische Nationalversammlung.

oc. **Karlsruhe**, 10. April. Um Zweifel zu beseitigen, wird darauf hingewiesen, daß die Stimmzettel bei der Volksabstimmung von den Abstimmungsberechtigten ungetrennt in einem Wahlumschlag abzugeben sind. Die Perforation der Zettel hat lediglich den Zweck, der Abstimmungskommission die rasche Trennung der Stimmzettel zum Zweck der Erleichterung des Zählungsgeschäftes zu ermöglichen.

oc. **Karlsruhe**, 10. April. Die Polizei verhaftete eine Schneiderin aus Tolna, welche 1255 Goldstücke erhalten, diese zum Preis von 90 000 Mark verkauft und den Erlös unterschlagen hatte. — Wegen Körperverletzung mit Todesfolge stand der Landwirt Wilhelm B. sch aus Neunstetten vor dem Schwurgericht. Bleich hatte in der Sylvesternacht in Pforzheim gezecht und war auf der Streife mit dem Schutzmann Walter in Wortwechsel geraten, in dessen Verlauf er den Schutzmann niederstach, der später seinen Verletzungen erlegen ist. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis.

— **Heidelberg**, 10. April. Nach einer den hiesigen Blättern von der Volkswehr zugegangenen Mitteilung traf letzter Tage die Frau eines hiesigen Volkswehrmannes mit ihren 5 Kindern aus Metz hier ein. Die dortige französische Behörde hatte nämlich das unglaubliche Verlangen an die Frau gestellt, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen. Als die Frau dieses Ansinnen zurückwies, wurde sie ausgewiesen. Sowohl der Vater der Frau als auch ihr Großvater hatten in der französisch. Armee gedient.

oc. **Mannheim**, 10. April. Die sozialdemokratische Wahlkreiskonferenz des früheren 11. badischen Reichstagswahlkreises (Mannheim-Weinheim-Schwetzingen) nahm zur Frage des Zusammenschlusses von Baden und Württemberg eine Entschließung an, in der verlangt wird, „daß in der eminent wichtigen Frage der Vereinigung der beiden Republiken unbedingt von der badischen Regierung die Initiative ergriffen wird, damit dieser ideale und volkstümliche Gedanke bald reale Wirklichkeit wird".

oc. **Mannheim**, 10. April. Wegen Fälschung von Mannheimer Notgeldscheinen hatten sich der Graveur Joh. Kreutzberger, seine Ehefrau und seine Tochter vor dem Schwurgericht zu verantworten. Kreutzberger hatte Zwanzig-Mark-Scheine des hiesigen Notgeldes gefälscht und 554 dieser Scheine waren in Warenhäusern umgesetzt worden, wo die Angeklagten nur ganz billige Artikel einkauften. Das echte Geld, welches sie herausbekommen hatten, wurde angesammelt und auf der Sparkasse angelegt. Es wurde in Höhe von 12 000 Mark beschlagnahmt. Kreutzberger erhielt 2½ Jahre Gefängnis, seine Ehefrau 1 Jahr und seine Tochter 8 Monate Gefängnis. — Ferner wurde vom Schwurgericht das Dienstmädchen Frieda Menny aus Richen wegen Kindstötung zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

oc. **Kehl**, 10. April. Für den Kehler Rheinhafen zeigen die Franzosen nach wie vor großes Interesse. Alle hervorragenden Persönlichkeiten, die Straßburg besuchen, werden nach Kehl geführt. So Marschall Pétain, der französische Oberbefehlshaber und die 40 bei der Friedenskonferenz zugelassenen Journalisten. Der Rheinrhesen hat schon mehrfach Besuch aus dem französischen Handelsministerium erhalten, wobei laut „Bad. Landesztg." die Kommissare die einzelnen Betriebe sehr genau besichtigten und Angaben über Anlagewert und Umsatz, sogar die Vorlegung der Handelsbücher verlangten.

oc. **Freiburg**, 10. April. Ueber einen mißglückten Goldschmuggel wird der „Konst. Ztg." berichtet: Während zur Nachtzeit bei der Stromwerkschen Fabrik ein Stromwächter mit seinem Boot am Ufer lag, wurde er plötzlich durch einen leisen Zuruf veranlaßt, an ein Haus heranzufahren, von dem dann ein Paket an einer Schnur herabgelassen wurde. Am anderen Morgen, als das geheimnisvolle Paket abgeliefert war, fand man darin 146 700 Mark in Wertpapieren, die offenbar über den Rhein geschmuggelt werden sollten und in die falschen Hände geraten waren. Dem wachhabenden Soldaten werden, wie immer, 10 Prozent der erwähnten Summe zugestanden und er erhält somit 14 670 Mark. Wer der Veranlasser des Schmuggels ist, wurde noch nicht festgestellt.

Von der badisch-sächsischen Grenze, 10. April. Neuerdings erfolgt die Einreise von Zivilpersonen nach Elsaß-Lothringen von jetzt ab nicht mehr über Appenweier nach Kehl, sondern nach Rastatt, wo dieselben sich bei der Bahnhofskommandantur zu melden haben und dem französischen Quarantänelager Rastatt zugeführt werden. Die Quarantäne dauert 15 Tage.

Erinnerung an wichtige Arbeiten.

Im April verlangt der Garten sehr regsame Hände. Alle Frühsaaten und die Hauptpflanzung von zeitigem Gemüse müssen am Ende des Monats unbedingt erledigt sein. Versäumte Freilandaussaaten holen wir schleunigst nach. Wichtig ist das Andrücken (Anklopfen) der jetzt bestellten Saatbeete. Es hält dieses an Feuchtigkeit besser, erübrigt auch in den ersten Wochen das oft nur schädliche, bodenabkühlende Gießen. Alle Gemüsesetzlinge werden sofort nach dem Pflanzen einmal gut angegossen; das genügt gewöhnlich für diesen Monat vollkommen. Die Frühgemüsezucht lohnt aber nur in geschützter Lage, in warmem, durchlässigem Boden; kalte Böden eignen sich nur für Spätgemüse, weil sie sich zu langsam erwärmen. Wer Rat und Anregung in Gartenfragen bedarf, verlange von der Wochenschrift „Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau" in Frankfurt a. O. ein Probeheft kostenlos.

Gesundheitliches.

— **Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.** Das Ministerium des Innern hat an die Bezirksämter einen Erlaß gerichtet, in welchem ausgeführt wird, daß, um der außerordentlichen Gefahr einer weiteren Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den Heeresangehörigen und deren Uebertragung auf ihre Angehörigen, die sich gerade gegenwärtig geltend geltend macht, vorzubeugen, besondere Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Aussicht genommen sind, die mit finanzieller Unterstützung des Reiches, des badischen Staates und der Landesversicherungsanstalt Baden durchgeführt werden sollen. Als solche Maßnahmen wurden bei einer im Ministerium des Innern abgehaltenen Besprechung mit Sachverständigen besonders folgende bezeichnet: Belehrung der praktischen Aerzte durch Fachärzte über die Diagnose und Frühbehandlung der Geschlechtskrankheiten, umfassende Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahr der Verbreitung dieser Krankheiten und über die Notwendigkeit, die Geschlechtskranken der ärztlichen Behandlung zuzuführen, und endlich Ermöglichung der unentgeltlichen ärztlichen Behandlung geschlechtskranker Heeresentlassener und deren Angehörigen. Zur Belehrung der Aerzte sind kurzfristige Kurse in den Universitätsstädten und einigen anderen größeren Städten in Aussicht genommen. Mit der Durchführung der weiteren Maßnahmen wurde von dem Ministerium eine Kommission betraut, die aus den Leitern der von der Landesversicherungsanstalt Baden errichteten Beratungsstellen für Geschlechtskranke besteht. Diese soll insbesondere die Propagandatätigkeit unter der Bevölkerung organisieren. Zunächst werden nun zur Vorbereitung dieser Organisation in einzelnen größeren und mittleren Städten des Landes Besprechungen abgehalten, in denen die Art und Weise beraten wird, wie in den einzelnen Amtsbezirken die Aufklärungsarbeit in die Wege geleitet werden kann. Die kostenlose ärztliche Behandlung geschlechtskranker Heeresentlassener ist bereits durch eine Bestimmung des preußischen Kriegsministeriums geregelt. Bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kommen dann ferner die Maßnahmen der Landesversicherungsanstalt Baden in Betracht, welche in weitgehendem Maße bereit ist, die Kosten der ärztlichen Behandlung Geschlechtskranker zu übernehmen. Der Vorstand der Badischen Aerztekammer hat im Anschluß an den Erlaß des Ministeriums an alle praktischen Aerzte die Aufforderung gerichtet, an der Aufklärung der Bevölkerung sich zu beteiligen u. die Beratungsstellen nach Kräften zu unterstützen.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* **Emmendingen**, 11. April. Gestern abend wurden auf dem hiesigen Bahnhof von der Volkswehr zwei Soldaten ein größeres Quantum Kalbfleisch abgenommen.

Keine Familienunterstützung. Die Angehörigen der freiwillig bei einem Truppenteile wieder eingetretenen Mannschaften können, sofern es sich nicht um den Grenzschutz Ost oder die militärischen Kommandobehörden unterstellten Sicherheitstruppen handelt, keinen Anspruch auf gesetzliche Familienunterstützung erheben, da die Wiedereingetretenen als freie Zivilarbeiter betrachtet werden. Die badischen Freiwilligenformationen sind als militärischen Kommandobehörden unterstellte Sicherheitstruppen anzusehen.

oc. **Schule und Verfassungsgesetz.** Das Unterrichtsministerium hat die Lehrer sämtlicher öffentlichen Schulen veranlaßt, am Schluß des Unterrichts vor Beginn der Osterferien der ihnen anvertrauten Jugend die Bedeutung des Tages der Abstimmung über das Verfassungsgesetz vor Augen zu führen. Auch die Lehrer der nichtstaatlichen Lehranstalten sind ersucht worden, das gleiche zu tun.

Die zunehmende Erschwerung der Schlachtviehaufbringung hat eine Ermäßigung der den Versorgungsberechtigten wöchentlich zustehenden Fleischmenge auf die früheren Sätze notwendig gemacht. Demgemäß ist, wie früher schon mitgeteilt, auf Anordnung des Reichsernährungsministers die Wochenkopfmenge an Fleisch für die Versorgungsberechtigten mit Wirkung vom 17. März 1919 ab wie folgt festgesetzt worden: in Gemeinden, mit weniger als 50000 Einwohnern auf 100 Gramm, mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern auf 150 Gramm, mit 100 000 und mehr Einwohnern auf 200 Gramm. In Gemeinden, in denen die Bevölkerung in ihrer Mehrzahl hauptberuflich in der Industrie tätig ist, kann, was amtlich bekannt gegeben wird, eine Aufbesserung der den Versorgungsberechtigten zustehenden Fleischmenge erfolgen, wobei jedoch eine Gesamtfleischmenge von 200 Gramm wöchentlich nicht überschritten werden darf. Hinsichtlich der Zulagen für Kranke, sowie hinsichtlich der ausnahmsweise noch zugelassenen Zulagen für Schwerst- u. Schwerarbeiter der Eisenbahnverwaltung, für Bergarbeiter u. Binnenschiffer verbleibt es bei den bisherigen Anordnungen. Durch die Herabsetzung der Fleischmenge ist eine nicht unerhebliche Ermäßigung der von den Kommunalverbänden zur Deckung des Bedarfs aufzubringenden Schlachtviehmenge ermöglicht worden. Es muß deshalb erwartet werden, daß die nunmehr zur Lieferung aufgegebene Stückzahl unter allen Umständen restlos und rechtzeitig beschafft wird. Die zur Lieferung von Schlachtvieh verpflichteten Kommunalverbände sind angewiesen worden, für die pünktliche und vollständige Belieferung der Bedarfsstädte und der sonstigen Bedarfsstellen Sorge zu tragen.

:: **Breisach**, 10. April. Aus der jüngsten Bezirksratssitzung bleibt noch nachzutragen, daß als Feuerschauer neu ernannt wurden und zwar für den 1. Distrikt (oberer Bezirk) Maurer Josef Haury in Breisach, für den 2. Distrikt (unterer Bezirk incl. Breisach) Zimmermeister Emil Rommler in Oberrotweil.

:: **Breisach**, 10. April. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, steht nach amtlicher Meldung der französischen Regierung dem Umzug und dem Abtransport der Möbel der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen kein Hindernis mehr im Wege. Auch soll vom Reichsministerium des Innern — Abteilung für Elsaß-Lothringen — die Waffenstillstandskommission gebeten werden sein, die Zulassung der Einfuhr deutscher Möbelwagen und die Einreise deutscher Packer, die Erlaubnis zur Einreise für die beteiligten Eigentümer sowie die Genehmigung anderer Sicherungen für den Abtransport zu erwirken. Auch sind Verhandlungen mit der Reichseisenbahnverwaltung im Gange, um günstige Bedingungen für den Abtransport zu schaffen. Der weitere Verlauf der Verhandlungen soll von der Zulassung von Wagen und Personal aus dem unbesetzten Deutschland nach Elsaß-Lothringen abhängig sein.

⊙ **Waldkirch**, 9. April. Unerwartet rasch aus dem Leben geschieden ist am 7. d. Mts. Herr Privatier Karl Weis im Alter von 75 Jahren. Der Verstorbene lebte längere Zeit in Nordamerika, wo er mit seinen Brüdern ein glänzendes Geschäft betrieb. Hier stand er als treuer gesellschaftlicher Berater und großer Wohltäter der Armen in hohem Ansehen.

Bücherschau.

Die neue badische Verfassung ist in Heftform soeben im Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe erschienen zum Preise von 50 Pfennig. Das Heft enthält den Wortlaut des Gesetzes der Verfassung vom 21. März 1919 und des Gesetzes betr. die Volksabstimmung und die Fortdauer der Nationalversammlung, nebst einem Stimmzettelmuster.

Lokalsache aus dem Breisgau und Umgebung.
Nächstes Brettach, 9. April. Otto Scherer. Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. April, nachmittags 4 Uhr statt.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Hölzer in Emmendingen. Geschäftsinhaber K. Epple u. Wilh. Jundt.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

Zu verkaufen
ein guterhaltenes Oval-Faß, ca. 500 Ltr. haltend, ein Quantum Kalksteinplatten, zum Einfassen von Gartenwegen, und eine Korbflasche, ca. 45 Ltr. haltend. 2343
Hochburgerstr. 25, Hinterhs., Emmendingen.

Rohtabak fermentiert, kleine und große Quantum kauft 2358
Zigarrenhaus W. Breyer
Hamburg, Gänsemarktstraße 6.

Hämorrhoiden 2342
Schmerzlose Dauerbeseitigung ohne Berufsstörung. Gratisauskunft.
Rud. Rinne, Swinemünde.

Einen 8-jährigen 2320
Fuchs-Wallach
gut im Zug, hat zu verkaufen.
Fritz Leimenstoll, Schuppfholz.

1 schönes Paar
Fuchsen
4 u. 7 Jahre alt, sowie ein 4-jähr. Oldenburg W., alle gut im Zug, ferner ein 15 Wochen altes 2325
Füllen
hat zu verkaufen
M. Welterer
Gasthaus „zum Salmen" Kenzingen.

Haus
das sich zu Laden und Werkstatt eignet, dabei eine 2—3 Zimmer-Wohnung im Zentrum des Orts Riegel sofort zu mieten gesucht. 2309
Angebote können im Rebstock hierhin abgegeben werden.

Kleines
Wohnhaus
in der Karl-Friedrichstraße zu verkaufen.
Von wem? sagt die Gesch. Preiswerte Nachr. 2109

Ein tüchtiges braves
Mädchen
gesucht von 2346
Frau Wilh. Bühler, Waldkirch.

Gesucht
Mädchen
möglichst vom Lande, nicht zu jung, in Gärtnerei für Gartenarbeit und etwas Mithilfe im Haushalt. 2302
Gustav Schwaab, Denzlingen.

Ordentliches
Mädchen
12 Jahre alt, für leichte Botengänge in der schulfreien Zeit gesucht.
Von wem? sagt die Gesch. der Breisg. Nachr.

Lehrlings-Gesuch.
Junge, welcher Lust hat, das **Malerhandwerk** gründlich zu erlernen, kann unter günstigen Bedingungen eintreten bei
G. Häberle, Malermeister
2360 Emmendingen.

Lehrstellegesuch.
Ordentlicher, kräftiger Junge, 16 Jahre alt, sucht bei einem tüchtigen Schmiedemeister sofort Stelle.
Adresse in der Geschäftsst. der Breisg. Nachrichten zu erfragen.

Evangl. Kirchenchor
Emmendingen.
Heute Freitag, 8 Uhr
Probe
in der Stadtkirche, Vollzählig Erscheinen notwendig. 2364
Der Vorstand.

Zu verkaufen
ein Paar gut erhaltene
Sonntagsschuhe
Nr. 44, zu erfragen bei 2354
Vetter, bad. Hof, Emmendingen.

Dunkelbrauner 2358
Anzug u. Paletot
noch wie neu, zu verkaufen.
Lammstr. 18, Laden.

Ein Paar elegante gelbe Damenschnürenaug 2361
Halbschuhe
(Friedensware) Größe 38 zu verkaufen
Bartholomä, Markgrafenstr. 35, part. Emmendingen.

Zu verkaufen bereits neuer
Sommerhut
für Mädchen von 16—22 Jahren, sowie 6 Stück
Stehumlegkragen
Weite 39.
Bombach, Haus Nr. 72.

Prima
Ledertreibriemen
größeren Posten, gebrauchte und neue, von 35—70 mm breit, wegen Einschränkung des Betriebes zu verkaufen.
Karl Groß mech. Werkstätte, Emmendingen.
2363

Waschmaschine
wenig gebraucht, ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr. 2275

Photo-Apparat
Fabrikat E. Wünsche, Mahagoni, Tropenausführung, fast neu, mit vielem Zubehör für 250 Mk. zu verkaufen. 2344
Zu erfragen in der Gesch. des Blattes.

Zu verkaufen ein fast neues, aufgerüstetes 2335
Bett
(Pitsch-pine) mit Patentrost und Friedensmatratze.
Karl-Friedrichstr. 31, II. St Emmendingen.

25—30 Zentner 2274
Dickrüben
hat zu verkaufen
Karl Fr. Schaffhauser Mundingen.

Zirka 10 Zentner 2339
Heu
sind zu verkaufen bei
Wilhelm Krayer Teningen.

Haben Sie Betten

Schränke, Tische, Stühle und sonstige Möbel zu verkaufen, dann ersteilen Sie jetzt noch die höchsten Preise, wenn Sie sofort eine kleine Anzeige in den Breisgauer Nachrichten in Emmendingen bestellen.

Die Allwördens.

Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

8) (Fortsetzung folgt.)

„Das süße Kind! Was du denkst, Rübiger! Würde sie sich da so unbefangen mit Ottokar necken? Sie mit ihrem mimosenhaften Empfinden würde eine Scheu vor ihm haben, würde ihm ausweichen — —"

„Meinst du, Mama?" Er wußte es ja besser, doch er schwieg lieber, um seiner Mutter nicht die Ahnungslosigkeit zu rauben.

„Gewiß! Sie ist ja noch das reine Kind. Ottokar hat eine große Freude für sie, und ich bin glücklich, daß es ihr gelungen ist, ihn — seinem Vater zur Freude — dem Leben zurückzugewinnen."

„Nun, nun, Mama, das ist wohl zu viel gesagt! Ottokar war allerdings mit seinen Nerven bedenklich herunter, die ganzen Verhältnisse hatten das ja so mit sich gebracht — aber so schlimm, wie du sagst, was es doch nicht."

„Schlimm genug, so daß dein Vater große Sorge um ihn trug! Du kannst ja nicht wissen, da du ihn nur flüchtig gesehen, wie apathisch und abgestumpft Ottokar gegen alles war — noch, als er aus dem Sanatorium kam! Und da war es Lella, die ihn mit ihrer kindlichen Heiterkeit aufmunterte — wie eine jüngere Schwester war sie zu ihm — ihr endlich gelang es, was wir alle nicht vermocht hatten — Ottokar gewann wieder Interesse — vor allem an seiner Kunst — durch sie wurde er erst zum wahrhaften Künstler — du kennst ja ihr von ihm gemaltes Porträt! Und jetzt malt er sie wieder — — niemand aber darf das Bild vor seiner Vollendung sehen — er verspricht sich etwas Großes davon! — Und ich, mein Sohn, bin ihr so dankbar — schon um Papas willen, du weißt, wie sehr an dem Sohne seiner ersten Frau hängt — doch viel mehr, als an dir — — leider —! Aber dafür bist du mein Sohn —" und in Mutterstolz leuchteten ihre Augen auf. Er legte impulsiv seine Lippen auf ihre Hand. Sie streichelte sein kurz geschnittenes Blondhaar, und er fühlte, was in dieser Liebkosung lag, mit denen die kalte, verschlossene Frau so sehr sparsam war — fast, als schäme sie sich jeder wärmeren Regung, jeder wärmeren Gefühlsäußerung.

Er wußte, daß die Ehe der Eltern nicht glücklich war; er wußte aber auch, daß die Mutter wohl die größere Schuld dadran trug, da sie sich dem lebensfrohen Manne nicht so angepaßt hatte, wie sie es wohl hätte tun müssen. Ihr starres, strenges Wesen hatte ihn nicht die weiche Anmut seiner ersten Frau vergessen lassen, der er schwärmerisch geliebt. Und diese Liebe hatte er auch auf seinen Erstgeborenen übertragen, und deshalb war ihm Ottokars vorschnelle Heirat doppelt niederschmetternd gewesen, und nur der Klugheit seiner zweiten Frau war es zu danken, daß der Bruch nicht zu einem unwiderruflichen gemacht worden war — daß es für Ottokar in der größten Not doch noch ein „Zurück" gegeben!

„Ich bin stolz auf dich, mein Sohn," sagte sie, „gerade jetzt hast du gezeigt, daß du der Ahnen deiner Väter würdig bist — nicht jeder an deiner Stelle hätte so gehandelt, für den Bruder einen so großen Besitz zu retten —"

„Glaubst du, Mama, daß ich jemals diesen Vorteil angenommen hätte? Ottokar ist der Aelteste — ihm gehört das Majorat, und dafür kämpfte ich. Nicht einen Augenblick hätte ich mich glücklich gefühlt, wenn ich seine Stelle hätte einnehmen sollen — um so mehr, da er der Ehe mit der Witzberger längst überdrüssig geworden war — denn sonst wäre er ja nicht auf Vaters Bedingungen eingegangen, wäre,

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 188 — Die Jungviehweide Löffingen betr.

Die für Simmentaler Vieh bestimmte Jungviehweide Löffingen (Amt Neustadt) wird auch in diesem Jahr wieder eröffnet. Der Tag der Eröffnung wird noch bekanntgegeben werden. Die Viehbesitzer, welche weibliches Jungvieh auf die Weide zu verbringen beabsichtigen, wollen dies bis 15. April 1919 bei dem unterzeichneten Bezirksamt zur Anmeldung bringen. 2357

Farren werden nicht aufgenommen. Tiere unter 9 Monaten werden nicht aufgenommen und zurückgewiesen.

Die Weidetaxe beträgt 65 Mark, nebst 3 Mark Stallgeld. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß für Tiere, die nicht im Landesversicherungsverband versichert sind, die Besitzer die Versicherung, 4 Mark über das Weide- und Stallgeld, zu bezahlen haben. Die Bürgermeisterämter werden hiermit veranlaßt, diese Verfügung alsbald ortsüblich mit dem Anschlagen bekannt zu machen, daß für die aufzutreibenden Tiere Gesundheitszeugnisse und Ursprungszeugnisse, auf denen auch beschemigt ist, daß dieselben hautrein sind, mitgebracht und vorgelegt werden müssen. Die Impfung der Tiere hat vor dem Auftrieb zu geschehen und muß durch eine Beschleinigung nachgewiesen werden.

Emmendingen, den 9. April 1919.

Bad. Bezirksamt.

Nr. 189. — Rumänien und Bessarabien betr.

Wir weisen darauf hin, daß nach einem Telegramm des Kriegsministeriums

1. alle rumänischen Kriegsgefangenen ausnahmslos, soweit sie noch in Deutschland sind, sich schnellstens bei den zuständigen Lagern Ortsbehörden (Bürgermeisterämtern) oder Generalkommandos zu melden haben, welche ihre Ueberführung in die Sammellager Neuhammer, Queis oder Regensburg veranlassen, andernfalls sie von der rumänischen Regierung als Deserteure betrachtet und zum Tode verurteilt werden. 2348

2. die, die in Deutschland verbleiben wollen Erklärungen eigenhändig zu unterschreiben haben, welche von den Bürgermeisterämtern uns durch Eilboten zuzusenden sind.

Emmendingen, den 9. April 1919.

Bad. Bezirksamt.

Güterrechtsregister.

In das Güterrechtsregister Band I. Seite 353 wurde heute eingetragen: Böhler Adolf, Architekt in Emmendingen und Luise geb. Kraher. 2356

Der Ehemann hat seiner Ehefrau die Schlüsselgewalt entzogen.

Emmendingen, den 10. April 1919.

Bad. Amtsgericht.

Handelsregister.

In das Handelsregister A Band I wurde unter O.-Z. 181 eingetragen: Firma Clorer & Roth, Emmendingen, offene Handelsgesellschaft. Gesellschafter: Kaufmann Georg Clorer in Emmendingen und Kaufmann Alfred Roth in Karlsruhe. Die Gesellschaft hat am 1. Februar 1919 begonnen. Geschäftszweig: Großhandlung mit Zigarren und Zigaretten.

In das Handel-register A Band I wurde unter O.-Z. 180 eingetragen: Firma Süddeutscher Kunstverlag, Georg Clorer, in Emmendingen. Inhaber: Georg Clorer, Kaufmann in Emmendingen.

Im Handelsregister A Band I wurde zu O.-Z. 103 Firma Heinrich L. Goldschmidt in Emmendingen eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Im Handelsregister A Band I wurde zu O.-Z. 167 Firma W. Ludewig & Co. in Denzlingen eingetragen. Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen. 2352

Emmendingen den 7. April 1919.

Bad. Amtsgericht.

Lebensmittelauftrut.

Auf Bestellabschnitt 124 der Lebensmittelkarte können die Bezirksein wohner, soweit sie versorgungsberechtigt sind (gelbe Karten) 150 gr Reis (auf den Kopf) Kleinverkaufspreis 1.60 Mk. das Pfund in der seither üblichen Weise beziehen. 2350

Emmendingen, den 9. April 1919.

Kommunalverband.

Lebensmittelauftrut.

Wir sind in der Lage, an die zuckerversorgungsberechtigten Einwohner der Stadt Emmendingen wieder Süßstoff als Ersatz für Zucker auszugeben und zwar für jede Familie ein Briefchen mit 1¼ gr Kristallsüßstoff, sogenannte H-Packung, welche etwa 550 gr Zucker entspricht. Preis des Briefchens 25 Pfg.

Die Ausgabe erfolgt durch die Konditorei Jester, Marktplatz 6a und zwar

Montag, den 14. April 1919 an die Einwohner mit den Anfangsbuchstaben A—H

Dienstag, den 15. April 1919 an die Einwohner mit den Anfangsbuchstaben J—M

Mittwoch, den 16. April 1919 an die Einwohner mit den Anfangsbuchstaben N—S

Donnerstag, den 17. April 1919 an die Einwohner mit den Anfangsbuchstaben T—Z.

Die Abgabe erfolgt während der üblichen Geschäftsstunden. Wir ersuchen, jeden Andrang zu vermeiden, da jede Familie berücksichtigt werden kann.

Emmendingen, den 9. April 1919.

Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Fleischversorgung betr.

Wegen ungenügender Viehzufuhr kann diese Woche kein Fleisch abgegeben werden. 159

Emmendingen, den 8. April 1919.

Städt. Lebensmittelamt.

Landw. Konsumverein Windenreute.

Am Sonntag, den 13. April 1919, nachm. 2½ Uhr, findet in der „Linde" eine

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

Umwandlung des Vereins in eine eingetragene Genossenschaft.

2362 — Der Vorstand: Schlittenhelm.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Emmendingen versteigert am Samstag, den 12. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei der Kläranlage 18 kleine Lose Klärschlamm. Als Bieter werden nur hiesige Gartenbesitzer zugelassen.

Emmendingen, den 9. April 1919.

Das Bürgermeisteramt:

Breisgau-Lichtspiel-Theater

Kenzingen Gasthaus zum Löwen.

Samstag abend von ½8 bis 10 Uhr, Sonntags von 3 bis 10 Uhr

Lumpengrete

Drama aus dem Zigeunerleben in 5 Akten,

Die Frau Kommerzienrat

Lustspiel in 2 Akten

und die übrigen Programmstücke. 2359

Herren-, Jünglings- und Kinder-Konfektion

Kommunion-Anzüge

Reichhaltige Auswahl. Preiswerte Bedienung.

Siegfried Schwarz, Emmendingen.

Runkelrübensamen

Gras- und Kleesamen

empfiehlt

Gärtnerei Hambrecht

Emmendingen

Große Auswahl

in 2328

schönen Spielsachen

für Ostern empfiehlt

M. Markus, Emmendingen.

Von heute ab steht wieder bei mir ein großer Transport

Pferde

schweren und mittleren Schlags, wozu Kauf- und Tauschliebhaber höflichst einladet

Karl Bloch, Schmieheim,

Station Kippenheim. Telefon 56 Ettenheim.

Für die Charwoche empfehle:

Frisch gewässerte

Stockfische.

Bei sofortiger Bestellung jede Menge lieferbar.

2363 **W. Reichelt, Emmendingen.**

Baumaterial

sofort beschaffbar

Anfragen an:

Ambi Abt. NEO.

Charlottenburg 6.

Bin unter

Nr. 143

an das Telephonnetz angeschlossen.

Karl Bürklin, Sattlermeister

2357 Emmendingen.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innigstgeliebten, herzensguten, treuen Gatten, Vater, Bruder und Onkel

Franz Koger

Zimmermann

nach kurzer schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten heute morgen ½7 Uhr zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer bitten um stille Teilnahme:

Frau Elisabet Koger, geb. Okmberger
Linn Koger
Nikodemus Koger, Maisch.

Emmendingen, den 10. April 1919. 2347

Die Beerdigung findet Samstag, den 12. April nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause Liebensteinstrasse 5 aus statt.

Statt besonderer Anzeige.

Freiwillige vor!

Meldet Euch bei den Formationen des General-Kommandos Lüttwitz.

Bedingungen: Mobile Löhnung und mobile, freie Verpflegung, Tageszulage 5 M., freie Unterkunft, sowie Ausrüstung, Verpflegung der mitgebrachten Uniform. Bei Bedürftigkeit Familienunterstützung. Entlassungsgeld, Marschgeld und Entlassungsanzug, sofern bei früherer Entlassung noch nicht zuteil geworden. Militärpapiere, Waffen und Uniform mitbringen. Desgl. ein ortspolizeiliches Führungszeugnis und die elterliche Einwilligung.

Meldestellen:

Landesschützen-Korps, Berlin W. 50, Ansbacherstr. 11, am Wittenbergplatz.

Münster i. W., Lutkerin-Hospital.

Landesjäger-Korps Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 131.

Garde-Kavallerie-Schützen-Division Berlin W., Kurfürstendamm 151.

Deutsche Schutz-Division Werbebureau: Berlin W., Potsdamerstraße 25.

Freikorps Hülsen Werbestellen: Berlin, Potsdamer Bahnhof. — Anhalter Bahnhof.

Freikorps Potsdam Werbestelle: Potsdam, 1. Garde-Regt. zu Fuß.

Brigade Reinhard Moabit, neues Kriminalgericht, Turmstraße Nr. 91.

Wachtkommando Generalkommando Lüttwitz Charlottenburg, Kaiserdeckstr. 54.

Für Aerzte, Sanitätspersonal und Veterinäre: Charlottenburg, Liebenburgerstr. 11.

Für Kraftfahrer: Theiplatz (Dahlem), Parkpl. (gem. Sonderbed.)

Für Funker u. Fernsprecher: Joachim-Friedrich-Gymnasium, Wilmersdorf, Kaiserallee 1—12.

Für Flammenwerfer: Charlottenburg, Gemeindeschule, Oranienstraße 13—15.

Für K. Flak-Bedienung (auch Feldartilleristen, Kraftfahrer mit Bierrad-Anteile, M.-G.-Schützen): Kaflak, Lüttwitz, Liebenburgerstr. 11.

Für seemännisches Personal u. Motorbootsführer: Berlin-Lankwitz, Gemeindeschule 2, Selbitzstraße Ecke Nigerstr.

Für Waffenmeister-Personal (und Gehilfen) für alle Waffengattungen, bes. für M.-G.-Stamm-Lüttwitz, Charlottenburg, Liebenburger Straße 11.

Es darf keine Arbeitslosen mehr geben wandert nicht aus, jeder muß an der Aufrichtung unseres Vaterlandes helfen.

Die Freikorps haben in der kurzen Zeit ihres Bestehens dem Vaterland unschätzbaren Dienst in Groß-Berlin, Mitteldeutschland, Ruhrgebiet und an der Wasserkante geleistet und reichlichen Dank der von den Spartakisten und Bolschewisten befreiten Bevölkerung geerntet.

Der Werbe-Verbindungsoffizier des General-Kommandos Lüttwitz in Baden.

Karlsruhe, Generalkommando,

Hans Thomastr. 19, Zimmer 21,

Telefon Karlsruhe 5510—5517. 2341

Verzeichnisse der Fernsprechteilnehmer

des Orts-Fernsprechnetzes Emmendingen mit Köndringen, Sexau, Teningen, Heimbach, Kollmarsreute und Löreh. Alphabetisch :-:- geordnet, auf 1a Karton gedruckt, :-:-

Preis 50 Pfennig

empfiehlt

Druck- und Verlags-Gesellschaft vorm. Dölter, Emmendingen.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 6.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 90 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. — Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. — Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 87 — (Evang: Julius) — Emmendingen, Samstag, 12. April 1919. — (Kath: Julius) — 54. Jahrgang

Erstes Blatt.

Die Nationalversammlung in Weimar

WTB. Weimar, 11. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab Geheimrat Trendelenburg bekannt, daß bei der bevorstehenden Neuordnung des Arbeiterrechts Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechtes vorgesehen sind. Wegen der schweren Unruhenschäden in Berlin ist eine Vorlage, die eine Verteilung auf Reich, Staat und Gemeinden vorsieht, in Vorbereitung. — Nach Erledigung verschiedener kleiner Anfragen, in deren Verlauf Geheimrat Trendelenburg erklärte, daß eine Aufhebung der Kontingentierung des Druckpapiers vorläufig nicht eintreten könnte, folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Einführung der Sommerzeit, der nach lebhafter Debatte abgelehnt wird. Nach Annahme eines Gesetzentwurfes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt sowie eines Entwurfes betr. Aenderung des Kriegssteuergesetzes vertagte sich das Haus auf Sonnabend vormittag zehn Uhr. Tagesordnung u. a. betr. Gesetzentwürfe über den 1. Mai als Nationalfeiertag und über Kaliwirtschaft.

WTB. Weimar, 11. April. Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung hielt heute nach dem Plenum eine längere Sitzung ab. Im Anschluß an den heute vormittag im Wirtschaftsausschuß gutgeheißenen Vertrag über das Stickstoffmonopol ist heute abend eine Novelle zum Kaligesetz zur Vorlage gebracht worden, die morgen zur ersten Lesung kommen soll. Man will wegen der dringenden Versorgung der Landwirtschaft mit Kali und Stickstoff das Gesetz noch vor der Osterpause zur Entscheidung bringen. Der Aeltestenrat einigte sich deshalb dahin, kommenden Montag und Dienstag das Kaligesetz zu verabschieden und erst dann die Vertagung eintreten zu lassen. Wenn noch Zeit bleibt, sollen auch die eingebrachten Interpellationen zur Besprechung kommen.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 11. April. Die im Reichsarbeitsamt zwischen dem Verband Berliner Bankleitungen und den beiden Bankbeamtenorganisationen geführten Einigungsverhandlungen sind nach neunstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Infolgedessen haben die beiden Organisationen der Bankbeamten zunächst die Beamten in Hamburg, Leipzig und Frankfurt a.M. aufgefordert, sich dem Generalstreik anzuschließen.

WTB. Berlin, 11. April. Um die Gefahren, die sich für unser Wirtschaftsleben aus einer Fortdauer des Streiks der Angestellten in der Berliner Metallindustrie ergeben können, zu verhüten, hat die Reichsregierung der Zentralstreikleitung eine Erklärung über ihre Stellung zu der Frage des Mitbestimmungsrechtes zugehen lassen, in der es u. a. heißt: Die Stellung der Regierung zu der Forderung der Angestellten nach Mitbestimmung bei der Einstellung und Entlassung von Angestellten wird schon beantwortet durch den vor einigen Tagen veröffentlichten Paragraphen 34 der Verfassung. Dieser Paragraph erkennt den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses zu. Die Reichsregierung richtet angesichts ihres festen Willens, den berechtigten Wünschen der Angestellten Rechnung zu tragen, an die streikenden Angestellten den dringenden Appell, sich nunmehr ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewußt zu sein, die Arbeit ungesäumt wieder aufzunehmen und damit die drohenden Gefahren von unserem Wirtschaftsleben abzuwenden.

Berlin, 11. April. (Privattelegramm.) Laut Lokalanzeiger forderten die Düsseldorfer Unruhen der letzten Tage bis zum gestrigen Abend 157 Tote und 180 Verwundete, darunter 8 Tote und 24 Verwundete auf Seiten der Regierungstruppen. Hierin sind die Opfer der vergangenen Nacht noch nicht einbegriffen, während der die Spartakisten versuchten, den Hauptbahnhof von verschiedenen Seiten zu stürmen. Die Regierungstruppen haben bisher die Angriffe zurückgewiesen, ebenso einen starken Angriff auf das Gefängnis, das die Spartakisten mit Maschinengewehren und Handgranaten erobern wollten.

Berlin, 11. April. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, hat es der russische Bolschewistenführer Dr. Lewien verstanden, im letzten Augenblick nach München zu kommen. Er hat zusammen mit dem Münchener Kommunistenführer Dr. Lewien die Führung der dritten Regierung, die Bayern jetzt hat, übernommen. — Die kommunistische Bewegung in München ist, einer zuverlässigen Korrespondenzmeldung zufolge, von der Schweiz mit russischem Geld gespeist worden. — Nach verschiedenen Nachrichten war die Ausrufung der Räterepublik auch im Ruhrrevier geplant. Sie sollte dort bereits in der Nacht zu gestern erfolgen. Durch entsprechende Maßnahmen, besonders auch durch die Besetzung von Essen, wurde diese Absicht vereitelt. In Mülheim a. R. wurden 17 Mitglieder des Arbeiterrates, die in der letzten Sitzung für die sofortige Ausrufung der Räterepublik gestimmt hatten, wegen Landesverrats verhaftet. — In Königsberg (Preußen) sind die Versicherungsbeamten in den Ausstand getreten.

— Wie gemeldet wird, war laut „Berliner Lokalanzeiger" der Volksbeauftragte Lipp zweimal in Anstaltsbehandlung. Nun wird aus Süddeutschland gemeldet, Dr. Lewien sei ein pataologischer Lügner und es erscheine geboten, ihn in Anstaltsbehandlung zu bringen.

WTB. Essen, 11. April. Die Verhandlungen zwischen den Straßenbahnen und der Direktion haben zu dem Ergebnis geführt, daß heute mittag der Betrieb wieder vollständig aufgenommen wurde. Der Streik auf der Kruppschen Gußstahlfabrik ist im Abnehmen begriffen. Die Zahl der Arbeitswilligen steigt. Heute sind rund 75 Prozent gegen 66 Prozent gestern zur Arbeit erschienen. Auch die aus dem Ruhrgebiet vorliegenden Meldungen lassen das Abflauen der Streikbewegung erkennen. Auf 15 von 20 Werksanlagen nahm die Zahl der Ausständigen ab. Die Belegschaften zweier Schachtanlagen sind wieder vollständig eingefahren. Die Gesamtzahl der Streikenden beläuft sich heute auf 63 501 gegen 67 005 bei der gestrigen Frühschicht.

WTB. Essen, 11. April. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen einen längeren Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers, in dem sie unter Hinweis auf die zwischen der Regierung und den Bergarbeiterverbänden erzielte Einigung ernst und dringend zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern.

WTB. Essen, 11. April. Das äußere Streikbild ist gegen die Vortage wenig verändert. Der Straßenbahnverkehr ruht noch immer. Das Gaswerk kann wegen Kohlenmangels auch jetzt noch nicht genügend Gas erzeugen. Die Stadt ist nachts ohne Licht. Die Beamten und Angestellten der Vereinigten Elektrizitätswerke haben nach Erfüllung ihrer Forderungen den Streik abgebrochen und verrichten Notstandsarbeiten, sodaß die Stadt, wenn auch mit Unterbrechungen, mit elektrischem Licht versorgt wird. Die Arbeiter des Werkes verharren dagegen weiter im Sympathiestreik mit den Bergleuten. Infolge militärischer Sperre ist der gesamte Telephonverkehr innerhalb der Stadt und nach außerhalb seit vorgestern abend verboten. Unter dem Schutz der Regierungstruppen finden sich die Arbeitswilligen auf ihren Arbeitsplätzen ein. Bei der Firma Krupp hat sich die Zahl der Arbeitswilligen seit vorgestern erhöht. Da die Anerkennung der Forderungen der Streikenden durch die Reichsregierung und die Zechenräte erst gestern früh bekannt wurde, war eine entscheidende Einwirkung noch nicht bemerkbar.

Hagen in Westf., 11. April. Hier stürmten Spartakisten das Gerichtsgefängnis und befreiten wahllos die Gefangenen, unter denen sich eine Anzahl schwerer Verbrecher befand, dagegen wurden keinerlei politische Gefangene befreit. Die Spartakisten hausten im Gefängnis wie die Wilden und demolierten die Räume.

WTB. Düsseldorf, 11. April. Die Streikkommission hat nachmittags sieben Versammlungen einberufen zur Entgegennahme des Berichtes über die Streiklage und forderte in einem Aufruf an die Arbeiterschaft auf, Ordnung und Disziplin zu halten. Die Barrikadenbauten im Stadtteil Oberbilk wurden durch Schützengräben und Steinmauern mit Schießscharten stark befestigt. Aus Häusern und von den Dächern wird auf die Soldaten geschossen. Insgesamt sind bis jetzt über 100 verletzte Zivilisten in die Krankenhäuser eingebracht worden. Bei den Schießereien fanden auch Unbeteiligte den Tod. Zwei Soldaten, die von der Menge angefallen und mißhandelt worden waren, wurden in den Rhein geworfen. Der eine ertrank, während der zweite sich retten konnte. Gegen mittag kam es in der Gegend des Bahnhofes wieder zu einer schweren Schießerei mit Handgraten und Maschinengewehren.

WTB. Düsseldorf, 11. April. Gestern abend 11 Uhr versuchten die Spartakisten einen Sturm auf den Hauptbahnhof. Der Angriff wurde von den Regierungstruppen abgeschlagen; sie hatten einige Verluste. Die Verluste der Spartakisten dürften erheblich sein. Heute vormittag nahmen die Schießereien am Hauptbahnhof und anderen Stadtteilen ihren Fortgang. Die Arbeiter des Gas- und Eelektrizitätswerkes nahmen größtenteils gestern die Arbeit wieder auf. Der Belagerungszustand wurde aufgehoben und der Fernverkehr freigemacht.

Der Vorwärts meldet aus Bochum: Mit Rücksicht auf die gewährten wirtschaftlichen Zugeständnisse hat eine Anzahl Belegschaftsversammlungen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe dieser Woche die Arbeit überall wieder aufgenommen wird.

WTB. Düsseldorf, 11. April. Die im Laufe des heutigen nachmittags von der Generalstreikkommission einberufenen sieben Versammlungen beschlossen, den allgemeinen Ausstand solange fortzusetzen, bis die Regierungstruppen den letzten Schuß in Düsseldorf abgegeben haben. Die Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes sind aufs neue in den Ausstand getreten. In der Bahnhofsgegend und im Stadtteil Oberbilk wird heftig gekämpft. Die Regierungstruppen haben auch Minenwerfer in Tätigkeit gesetzt.

Berlin, 11. April. (Privattelegramm.) Laut „Berl. Lokalanzeiger" sind die Arbeiter des Hauptfriedhofes in Stettin im Ausstand. Seit zwei Tagen unterbleiben Beerdigungen. Die Gräber bereits Beerdigter bleiben offen. Verhandlungen sind bisher gescheitert.

WTB. Danzig, 11. April. Mittags traten auch die städtischen Arbeiter in den Ausstand, so daß das Gas- und Elektrizitätswerk zum Stillstand kamen. Bewaffnete Patrouillen durchziehen die Straßen und zerstreuen die Ansammlungen. In der Nähe des Hauptbahnhofes kam es kurz vor 4 Uhr abermals zu einem blutigen Zusammenstoß. Der Pöbel ging mit Knüppeln gegen die Soldaten vor. Aus dem Fenster eines dem Hauptbahnhof gegenüberliegenden Hotels wurde geschossen, worauf die Soldaten ebenfalls Feuer gaben. Mehrere Personen wurden schwer verwundet. Zwei davon sind bereits gestorben. Mehrere Kugeln flogen auf einen vorbeifahrenden Straßenbahnwagen und verletzten mehrere Personen. Die Straßenbahn stellte daraufhin den Betrieb ein. Am Nachmittag beschloß eine große Versammlung der städtischen Arbeiter, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. In den Abendstunden wurde in verschiedenen Straßen scharf geschossen, zum Teil auch mit Maschinengewehren. Hier ist auch der Reichskommissar für Ost- und Westpreußen, Winnig, aus Königsberg eingetroffen, der sich um die Beilegung des Streiks bekümmert.

WTB. Danzig, 11. April. Der Generalstreik in Danzig ist beendet. Die Streikleitung veröffentlicht einen Beschluß, daß es unnütz wäre, den Machthabern noch mehr Gelegenheit zum Einschreiten zu geben. Man will nicht, daß sich der Kampf mit Waffen abspielt. Die gesamte Arbeiterschaft Danzigs wird ersucht, am Montag die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

WTB. Danzig, 11. April. Der kommandierende General des 17. A. K. von Below hat den Belagerungszustand über Danzig verhängt.

Die neuen Vorgänge in Bayern.

WTB. Bamberg, 11. April. Die morgige Nummer des „Freistaat", des Regierungsorgans, veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Justizministeriums. Das Ministerium des Freistaates Bayern setzt sich zusammen wie folgt: Minister des Aeußern und Kultus: Hoffmann, Minister des Innern: Segitz, Minister für Landwirtschaft: Stelzer, Minister für Handel und Industrie: Segitz, Finanzminister i. V. Haller, Verkehrsminister i. V. Kalbbrenner, Minister für soziale Fürsorge i. V. Geisberger, militärische Angelegenheiten Schneppenhorst, Justizminister: Endres.

WTB. München, 11. April. Die Universität steht, wie bereits berichtet, im Kampf um die akademische Freiheit gegen die Uebergriffe der gegenwärtigen Münchener Gewalthaber und ihrer Anhänger. Der Senat sowie die gesamte Studentenschaft bis auf eine verschwindende Minderheit haben es in einem einmütigen Beschluß abgelehnt, sich dem Gebot der ihnen von diesen aufgezwungenen Hochschulräte zu unterwerfen und sie verwerfen jede Art politischen Zwanges. Die Professoren verpflichten sich, Eingriffe in die Autonomie der Hochschule nicht zu dulden und mit dem Verzicht auf ihre Lehrtätigkeit zu erwidern. Jeder Maßregelung eines Mitgliedes der Körperschaft würden sie solidarisch entgegentreten. Sie würden aber auch gleichzeitig dafür sorgen, daß eine durchgreifende Neugestaltung im Hochschulwesen auf den Grundlagen der freien Forschung und Lehre zur Durchführung gelangt.

Wie dem Berliner Tageblatt aus München gemeldet wird, hat sich Württemberg bereit erklärt, zusammen mit Nordbayern Truppenkontingente gegen die Räterepublik zu stellen.

Auf Auer wurde abermals ein Anschlag versucht, die Attentäter wurden vertrieben.

Heute fand die erste Sitzung der revolutionären Tribunale statt. Die Richter verhängen nach freiem Ermessen Gefängnis, Zuchthaus, Tod. Heute wurde das erste Urteil gefällt. Angeklagt war der Oberpostdirektor Gilardene, der sich eine eigene Leitung mit dem Militärminister Schneppenhorst hergestellt haben sollte. Er konnte aber nachweisen, daß sie schon früher angelegt war. Es erfolgte Freisprechung.

Berlin, 11. April. (Privattelegramm.) Das „Berliner Tageblatt" erfährt aus München auf direktem Wege: Die Einigung des Zentralrats mit den Kommunisten ist in der heutigen Mittagsstunde erfolgt. Die Kommunisten erklären sich bereit, mit beratender Stimme in den Zentralrat einzutreten.

Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Nürnberg erfährt, beginnt nach den hier vorliegenden Meldungen die Anhängerschaft der Räterepublik auf dem Lande stark abzunehmen. In Ansbach, Ingolstadt und Gramheim, Wassertrübingen und Weiden und der gesamten Oberpfalz hat man die Zustimmung zur Räterepublik zurückgenommen und sich zur Regierung Hoffmann bekannt.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß

WTB. Paris, 11. April. Reuter. Friedenskonferenz. Der Völkerbundsausschuß, der heute früh tagte, hat Genf zum Sitz des Völkerbundes gewählt und hat ferner eine neue Klausel des Entwurfes angenommen, in der verlangt wird, daß die Monroe-Doktrin durch die Bestimmungen des Völkerbundstatuts nicht beeinträchtigt wird.

Ein Ultimatum Wilsons?

WTB. Amsterdam, 11. April. Einer Kabelmeldung aus Newyork zufolge melden die Newyorker Blätter, daß eine Krisis in der Friedenskonferenz eingetreten ist, daß Präsident Wil-